Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 6 (1926-1927)

Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bilder gestellt, die vor Abgründe unsterbliche Schönheit zaubern; auch sie nicht „Nachahmung einer Naturwirklichkeit", sondern, um mit Nietzsche zu reden, „ein metaphysisches Supplement der Naturwirklichkeit, zu deren Überwindung neben sie gestellt".

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Das Getreidemonopol: Sein Inhalt. Die Stellung der Parteien. — Die ausgesöhnten Völkerbundsgegner.

In den beiden Räten der Bundesversammlung hat soeben die Schlußabstimmung über die Vorlage zur Sicherung der Getreideversorgung und Förderung des einheimischen Getreidebaus stattgefunden. Der Ständerat stimmte mit 23 gegen 14, der Nationalrat mit 148 gegen 37 Stimmen zu. Mit diesem Stimmenverhältnis dürfte auch das Schicksal der Vorlage in der auf den Herbst vorgesehenen Volksabstimmung entschieden sein. Die vor einigen Wochen gegen das Monopol in Gang gesetzte Volksinitiative wird daran kaum noch etwas ändern. — Die als Artikel 23 bis der Bundesverfassung vorgesehene Vorlage ist nicht nur inhaltlich von so großer Tragweite, es sind auch manche Begleitumstände, wie die Stellungnahme der einzelnen Parteien dazu, so aufschlußreich für unsere heutigen innerpolitischen Verhältnisse, daß ein Eingehen darauf auch in unserer Umschau geboten erscheint.

Einmal inhaltlich. Der Bund wird durch den neuen Verfassungsartikel bevollmächtigt, Maßnahmen zu treffen a) zur Versorgung des Landes mit Brotgetreide, und b) zur Förderung des einheimischen Getreidebaus. Zu a) gehört die Haltung eines ständigen Getreidevorrates, der das Land bei plötzlich eintretender Absperrung seiner Zufuhren durch kriegerische oder revolutionäre Ereignisse in den Nachbarstaaten vor dem Mangel am notwendigsten Nahrungsmittel bewahren soll. Es handelt sich da um eine Maßnahme, die sich den allgemeinen Maßnahmen zur Erhaltung der Wehrfähigkeit des Landes anreiht. Sie ist denn auch keineswegs neu. Es hat schon lange vor dem Kriege eidgenössische Getreidelagerhäuser gegeben. Nur haben sich die bisherigen Maßnahmen als der Ergänzung bedürftig gezeigt. Neu ist dagegen die staatliche Unterstützung des einheimischen Getreidebaus, neu allerdings auch nur in dem Sinne, daß dieser jetzt dauernd und auf Grund einer Verfassungsbestimmung staatlicher Förderung teilhaftig werden soll. Faktisch ist der einheimische Getreidebau seit den ersten Kriegsjahren aus Staatsmitteln unterstützt worden, ähnlich wie das auch bei anderen Zweigen der Landwirtschaft, aber auch bei verschiedenen Zweigen der einheimischen Industrie der Fall war. Beim einheimischen Getreidebau soll jetzt aber aus einer derartigen vorübergehenden Maßnahme, wie außergewöhnliche Zeiten sie forderten, eine ständige Einrichtung gemacht werden. Was für Gründe haben zu diesem weittragenden Entschluß geführt?

Klima und Bodenverhältnisse unseres Landes sind dem Anbau von Getreide nicht besonders günstig. Bei ungestörten Zufahrtswegen stellt sich das aus dem Ausland eingeführte Getreide im Preise wesentlich billiger als das aus dem eigenen Anbau erzielte. Der schweizerische Bauer, der Getreide anpflanzt, läuft also Gefahr, sein Getreide nicht los zu werden oder es zu einem Preis abgeben zu müssen, der ihm den Anbau nicht mehr lohnend macht; es ist sogar wirtschaftlicher für ihn, wenn er seinen eigenen Bedarf durch Ankauf ausländischen Getreides deckt. Die Folge davon ist naturnotwendig der allgemeine Rückgang des einheimischen Anbaus von Brotfrucht. Die Landwirt-

schaft spezialisiert sich auf Graswirtschaft und deren Erzeugnisse: Milch, Butter, Käse, Zucht- und Schlachtvieh. Sie verliert so den Charakter der Wechselwirtschaft; ihre Produkte sind mehr und mehr auf den Export ins Ausland angewiesen. Kann und soll ein Land, dessen Industrie schon zu einem großen Teil auf die Abnahme ihrer Erzeugnisse durch ausländische Märkte angewiesen ist, nun auch noch seine Landwirtschaft einen Weg einschlagen lassen, der einerseits diese selbst einer Art Industrialisierung ausliefert, und anderseits unsere wirtschaftliche Abhängigkeit vom ausländischen Abnehmer noch mehr vergrößert?

Erwägungen dieser Art haben zu dem Entschluß geführt, die staatliche Unterstützung des einheimischen Getreidebaus zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Mit Recht oder mit Unrecht? Es wird gut sein, wenn man sich Vorderseite und Kehrseite der Frage klar vergegenwärtigt. Um mit der Kehrseite zu beginnen. Vom Standpunkt des Freihandels aus, der überall der „Natur" den freien Lauf lassen will, muß es als unnatürlich erscheinen, unter Aufwendung staatlicher Mittel einen Zweig der Landwirtschaft aufrechtzuerhalten, der unter den einmal gegebenen Verhältnissen nicht so wirtschaftlich zu produzieren vermag wie das Ausland. Die Folge dieser „Unnatur" wird daher auch sein, daß wir in Zeiten des Friedens unser Brot teurer zahlen, als wenn wir der freien Konkurrenz des ausländischen Getreides offenen Zutritt geben würden. Aber, und das ist die andere Seite: wir können für die Zukunft nicht nur mit friedlichen Zeiten rechnen. Und selbst wenn man die Gefahr neuer langdauernder europäischer Verwicklungen nicht allzuhoch einschätzen wollte: wir müssen auch an die Gesunderhaltung unseres Volkskörpers und unserer Landwirtschaft denken. Eine gesunde, nicht nur einseitig spezialisierte Landwirtschaft und entsprechend ein gesunder, zu vielseitiger Arbeit befähigter Bauernstand ist ein Gut, das sich nicht mit Geld und niedrigen Brotpreisen aufwiegen läßt. Hemmungslose Industrialisierung — und die Spezialisierung der Landwirtschaft führt auf eine solche hinaus — ruft sozialen Entwicklungen, die die besten seelischen Voraussetzungen für innere Zerrüttung des Staatslebens abgeben. Ein einziger Bürgerkrieg kann aber unendlich viel mehr volkswirtschaftliches Gut vernichten, als für eine Einrichtung, wie die staatliche Unterstützung des Getreidebaus, während vielen Jahrzehnten aufgewendet werden muß. Man kann die Erhaltung unseres einheimischen Getreidebaus als einen schönen Luxus bezeichnen, den wir uns gestatten wollen und — als verhältnismäßig wohlhabendes Volk — gestatten können. Von einem umfassenderen Gesichtspunkt aus ist sie aber auch eine notwendige Vorbedingung für die Gesunderhaltung unserer Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft überhaupt. Dabei braucht man sich keineswegs der Einsicht zu verschließen, daß unser Land in Anbetracht der heutigen Verkehrsmittel und der Erzeugungsmethoden wirtschaftlicher Güter viel zu klein und auch zu rohstoffarm ist, um jemals nur annähernd ein für sich autonomes Wirtschaftsgebiet bilden zu können. Aber auch wenn wir an die Möglichkeit eines fernen Zusammenschlusses europäischer Staaten zu einem autonomen Wirtschaftsgebiet denken, ist die Gesunderhaltung unserer Volkswirtschaft und die Vermeidung einer allzu einseitigen industriellen Entwicklung erst recht geboten.

In dem Kampfe, der im Zusammenhang mit der Initiative gegen das Monopol in den letzten Wochen zwischen den Anhängern und Gegnern der bundesrätlichen Vorlage erneut aufgeflammt ist, ist die Frage viel weniger in der Form gestellt worden, wie wir sie soeben gestellt haben. Der Kampf geht dort vielmehr um Monopol oder monopolfreie Lösung. Dem Laien, der hier nicht über Erfahrungen aus eigener Anschauung verfügt, fällt es nicht leicht, sich über diesen Gegenstand ein Urteil zu bilden. Immerhin ergibt sich für ihn doch als vorwiegender Eindruck der, daß der Gegensatz Monopol = monopolfreie Lösung letzten Endes zusammenfällt mit dem Gegensatz: wirksame Förderung des einheimischen Getreidebaus mit der Folge teurerer Lebenhaltung oder freie Konkurrenz mit billigerer Lebenhaltung und Untergang des einheimischen Getreidebaus. Denn eine monopolfreie Lösung, die dem einheimischen Getreide-

bau wirklich die Existenz gewährleistet und dann doch nicht komplizierter und kostspieliger arbeitet als das Staatsmonopol, konnte von den Monopolgegnern bisher nicht in Vorschlag gebracht werden. Die Wandlung, die der Bundesrat von seinem Vorschlag einer monopolfreien Lösung aus dem Jahre 1924 bis zu seinem jetzigen Monopolvorschlag durchgemacht hat, ist daher nur folgerichtig: man könnte die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung des einheimischen Getreidebaus auch auf monopolfreiem Wege treffen; aber diese Art der Lösung wäre bedeutend unzuverlässiger und kostspieliger als diejenige durch das Staatsmonopol. Wenn man also schon entschlossen ist, den einheimischen Getreidebau zu erhalten, dann ist das Staatsmonopol wohl der einzig zweckmäßige Weg.

* * *

Was für eine Haltung nehmen die verschiedenen Parteien zur Vorlage ein? Daß die Bauern dafür sind, ist selbstverständlich. Ihrem Stand und ihrer Wirtschaft kommt die geplante Einrichtung ja einzig unmittelbar zugut. Anders die Sozialdemokratie. Nach ihrem Schema, das die Volksgemeinschaft in Produzenten und Konsumenten einteilt, wobei sie sich als Vertretung der Konsumenteninteressen ansieht, müßte sie eigentlich gegen das Getreidemonopol auftreten. Denn dieses kommt in der Wirkung einem Schutzzoll zugunsten der landwirtschaftlichen Produzenten gleich und hat eine Verteuerung der Lebenshaltung zur Folge. Ferner verkündet die Sozialdemokratie als ein Ziel ihrer Politik die Entwaffnung und Wehrlosmachung des bürgerlichen Staates, damit dieser um so leichter in ihre Gewalt gelange. Folgerichtigerweise müßte sie daher gegen eine genügende Getreideversorgung sein, weil der Mangel an diesem wichtigen Nahrungsmittel den bürgerlichen Staat in Zeiten der Not vor den äußeren und inneren Zusammenbruch stellen würde. Nun sehen wir aber die Sozialdemokratie den direkt gegenteiligen Standpunkt einnehmen. In einem vor zwei Wochen gegen die Antimonopol-Initiative gerichteten Aufruf erklärt die sozialdemokratische Partei, daß es „angesichts der heute noch bestehenden Gefahr großer politischer Konflikte ... für ein Volk, das rund dreiviertel seines Getreidebedarfs vom Ausland beziehen muß, unverantwortlich leichtsinnig wäre, gar nichts für die Sicherung seiner Getreideversorgung zu unternehmen." Und bezüglich des Brotpreises finden wir in dem betreffenden Aufruf nur den Hinweis, daß die monopolfreie Lösung eben den Konsumenten noch schwerer belasten würde als das Monopol. Etwas müsse aber geschehen, denn „was haben wir, wenn alles bachab geschickt wird? Gar nichts! Damit ist weder uns noch der schweizerischen Landwirtschaft und auch nicht der Gesamtbevölkerung gedient."

Welches sind nun die wahren Beweggründe für diese Haltung der Sozialdemokratie? Darüber gibt uns beispielsweise der 1. Mai-Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Aufschluß, wo wir lesen: „Wenn dem Monopol aus den Kreisen des Handels, der Industrie und des Gewerbes so fanatische Opposition erwächst, so ist dies nicht in sachlichen Argumenten zu suchen. Das Leitmotiv der Gegnerschaft ist der grundsätzliche Kampf gegen den (sozialistischen?) Monopolgedanken. Die Profitfreiheit muß gewährleistet sein, sie muß Staatsraison bleiben." Das heißt: für die Sozialdemokratie bedeutet die staatliche Monopolisierung des Getreidehandels eine Teilverwirklichung ihrer gegen jede privatwirtschaftliche Tätigkeit gerichteten Sozialisierungslehre. Dieser „Erfolg" ihrer Theorie läßt sie davon absehen, daß in diesem besonderen Fall das Monopol zugunsten einer anderen „Klasse" geschaffen wird. Von monopolgegnerischer Seite ist denn auch als Argument angeführt worden, daß das Getreidemonopol nur Wasser auf die Mühle des Sozialismus sei. Dieses Argument entbehrt aber der Stichhaltigkeit. Einmal ist es engstirnig, grundsätzlich eine Vorlage durch den Hinweis diskreditieren zu wollen, daß auch die Sozialdemokratie ihr zustimme. Es kann auch aus diesen Bevölkerungsschichten etwas Rechtes und Gutes kommen. Und dann handelt es sich bei dem Getreidemonopol keineswegs um eine Erfindung des Sozialismus. Die sozialdemokratische Partei gibt der Monopolvorlage ihre Unterstützung. Darüber kann man sich nur

freuen. Aber entstanden ist der Gedanke des Getreidemonopols weder aus der freihändlerisch-internationalistischen, noch aus der antikapitalistisch und antiprivatwirtschaftlichen Gedankenwelt des Sozialismus. Er ist im Gegenteil ein ganz besonders nationaler Gedanke. Und wenn das Monopol den Getreidehandel der Privatwirtschaft entzieht, so ist es einzig und allein, um einer ganz besonders nationalen Forderung auf zweckmäßigste Weise gerecht zu werden. Daß dabei das Monopol ausgleichend und damit im Sinne einer wahren Volksgemeinschaft, wie sie dem Sozialismus in seinen besten Vertretern vorschwebt, wirken wird, soll nicht bestritten werden (das ist ihm aber auch vielmehr als Verdienst anzurechnen). Wenn künftig unter der Herrschaft des Monopols der entlegenste Hochtalbauer, der selbst weder für den Verkauf noch für den Eigenbedarf Getreide erzeugen kann, das Mehl zum gleichen Preis kaufen kann, wie der am Schnittpunkt der für die Getreidezufuhr günstigen ausländischen Verkehrswege wohnende Städter, so ist das eine „soziale" Errungenschaft, über die sich jeder national gesinnte Bürger mit ebenso viel Recht freuen darf wie der Sozialist, auch wenn er selbst in Form des leicht gesteigerten Brotpreises seinen bescheidenen Tribut dazu beitragen muß. Die Dinge liegen also eigentlich so, daß die Sozialdemokratie hier eine hervorragend nationale Angelegenheit unterstützt, ohne das im Grunde zu wollen. Ihre Beweggründe mögen alles andere sein als das, was man gemeinhin mit national bezeichnet. In der Wirkung kommt ihre Haltung aber in hervorragendem Maße der nationalen Volksgemeinschaft zugut. Es ist ja auch bei weitem nicht das erste Mal, daß die schweizerische Sozialdemokratie ein wenig die Rolle jener Kraft spielt, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Man denke an ihre Stellung zur schweizerischen Neutralität bei der Völkerbundsabstimmung, zur Genfer Zonenfrage u. s. w. In sozialistischen Kreisen selbst bucht man daher auch gerne als heute schon greifbaren Gewinn der sozialistischen Politik, daß sie das „Bürgertum" zum „Fortschritt" u. s. w. zwinge.

Aus den Kreisen der freisinnig-demokratischen Partei geht vorwiegend der Widerstand gegen die Getreidevorlage hervor. Es muß nachdenklich stimmen, daß gerade diese Partei, die mit einigem Recht den Anspruch erhebt, noch immer die einzig wirklich staatspolitisch unterbaute Partei zu sein, zahlenmäßig im letzten Jahrzehnt so sehr dezimiert worden ist. Auch der Ausgang einiger neuster kantonaler Wahlen gibt Anlaß genug zu Selbstbesinnung. Im baselstädtischen Großrat hat sich das bisherige Verhältnis zwar ziemlich erhalten, indem die bürgerlichen Parteien zusammen über eine geringe Mehrheit verfügen, wobei die heterogene Zusammensetzung des Bürgerblocks in dem Zerfall der Sozialdemokratie in Sozialisten und Kommunisten ihr Gegenstück findet. Im Kanton Zürich anderseits hat sich die Sozialdemokratie in geschlossenem Block 38 %, mit den Kommunisten zusammen 40 % der Kantonsratssitze erobert, während die freisinnige Partei auf 17,3 %, mit der demokratischen zusammen auf 30 % zurückgegangen ist. Mag nun auch die wirtschaftliche Entwicklung mit ihrer Zusammenfassung wirtschaftlich Gleichgestellter zu Berufsorganisationen und Gewerkschaften den Hauptanteil an dem Ausscheiden der unselbständig Erwerbenden (Sozialdemokratie) und der landwirtschaftlichen Produzenten und Gewerbetreibenden (Bauern- und Bürgerpartei) aus der ursprünglichen Mehrheitspartei des Freisinns den Hauptanteil haben, so hat anderseits diese Partei es bisher auch wenig verstanden, ihr Programm den neuzeitlichen Forderungen anzupassen und sich so wenigstens die geistige Stoßkraft zu sichern, die ihr kraft der in ihren Reihen versammelten bürgerlich-städtischen Intelligenz eigentlich eignen müßte. So wird der Freisinn von seiner Lieblingsvorstellung, daß der Staat lediglich dazu da sei, den privaten Wirtschaftskräften ihr freies, ungehemmtes Spiel zu gewährleisten, endlich lassen müssen. Der Staat hat heute ganz andere Aufgaben zu erfüllen als vor fünfzig oder achtzig Jahren, und die Bekämpfung der Getreidevorlage aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen Staatsmonopole mutet heute reichlich altertümlich an. Gerade um ein Überborden der mehr und mehr zur reinen Massen- und Interessentenpartei ohne wirkliche geistige Zielsetzung heran-

wachsenden Sozialdemokratie zu verhüten, muß eine geistige Führung und Zielgebung aus unserm Bürgertum heraus erfolgen. Vor allem, es muß eine nationale Zielgebung erfolgen. Und in dieser Hinsicht hat die freisinnig-demokratische Partei im letzten Jahrzehnt vielleicht am vollständigsten versagt und die Enttäuschung darüber mag einen gut Teil Schuld an der Abwendung vieler tüchtiger Intelligenz von ihr tragen. Wie kopflos ist sie doch vor sechs Jahren in das Völkerbund genannte Versailler Werk hineingesprungen. Wie war sie immer geneigt, zuerst auf das Ausland und dann erst auf die nationalen Forderungen des eigenen Landes Rücksicht zu nehmen. In jeden internationalen Quark sollte nach ihrer Meinung heute die Schweiz ihre Nase hineinstecken, aber über bedrohliche Entwicklungen im eigenen Land darf nicht geredet werden nach dem Grundsatz: was ich nicht weiß, das existiert auch nicht. Mit dieser Haltung verrät die freisinnige Partei, daß sie vielleicht selbst doch mehr und mehr auch zur reinen Interessentenpartei herabsinkt, oder wenigstens, daß die Wirtschaftskräfte, die hinter ihr stehen, die Kreise von Bank, Handel und Industrie, für ihre politische Haltung allein ausschlaggebend sind; und dieser Einfluß ist natürlich viel mehr auf ungestörte internationale Handelsbeziehungen, als auf entschlossene Verteidigung nationaler Interessen gerichtet.

Die offizielle Haltung der Partei zur Getreidevorlage, ob Stimmfreigabe oder Befürwortung — für Ablehnung dürfte sich in der Partei selbst kaum eine Mehrheit finden —, steht im Augenblick noch nicht fest.

In der katholisch-konservativen Partei scheint auch eine kleine Gegnerschaft gegen das Monopol vorhanden zu sein. Möglicherweise vermeidet diese Partei, in der die Anschauungen über wirtschaftliche und staatspolitische Dinge stets sehr weit auseinandergehen und für die das konfessionell-religiöse Element einzig das Band des Zusammenhalts bildet, eine ausgesprochene Stellungnahme.

* * *

Eine in der nicht gerade sehr tief schürfenden außenpolitischen Aussprache im Ständerat seitens des Vorstehers des Politischen Departements gemachte Bemerkung bedarf noch kurz der Berichtigung. Bundesrat Motta stellte dort die Behauptung auf, daß die ehemaligen Gegner des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund sich heute mit dem Völkerbund ausgesöhnt hätten. Eine solche Auffassung beruht doch wohl auf einer vollständigen Verkennung der wirklichen Sachlage. Die Ernüchterung über die Genfer Institution ist heute so in alle Schichten der Bevölkerung gedrungen, daß es absolut nicht mehr notwendig ist, in ständiger Aufklärungsarbeit auf ihre Gefahren hinzuweisen. Anderseits hat auch das Interesse dafür bei Anhängern und Gegnern in solchem Maße nachgelassen, daß natürlicherweise eine allgemeine Stille und „Beruhigung" eingetreten ist. Aus diesen beiden Umständen aber auf eine Aussöhnung der ehemaligen Beitrittsgegner mit dem Völkerbund schließen zu wollen, ist wirklich verkehrt.

Zürich, den 22. April 1926.

Hans Oehler.

Zur politischen Lage.

Von kleinen und großen Dingen. — Weiße und Farbige in Nordafrika. — In Südafrika. — In der Neuen Welt.

Auf den Redaktionstisch einer größern Zeitung ergießt sich Tag für Tag ein ununterbrochener Strom von mehreren Hundert Depeschen aus allen Teilen der Welt. In buntem Durcheinander wird da berichtet von Ministerkrisen, Attentaten, Streiks und sozialen Unruhen, Wahlergebnissen, Todesfällen bekannter Persönlichkeiten, sportlichen Ereignissen, Unglücksfällen und Verbrechen u. s. w. u. s. w. Aus dem Wust jeweilen das Wichtige herauszusuchen, ist nicht ganz leicht. Und noch weniger leicht ist es, aus diesem buntscheckigen, vielfach

widersprechenden und durchweg gefärbten Material ein Bild der wirklichen Entwicklung zu gewinnen und wiederzugeben. Allzu leicht überwiegt das sensationelle Tagesereignis gegenüber einer unscheinbaren Meldung, die doch Zeugnis ablegt für eine wichtige politische Strömung. Dazu wird der Gesichtskreis räumlich immer weiter und damit auch unübersichtlicher. Wir stehen heute bereits im Nachrichtenwesen in der Gefahr, in der Masse des Stoffes einfach unterzugehen und das Gefühl für das Wesentliche zu verlieren.

Selbstverständlich gehen uns die Dinge in Europa in erster Linie an und selbstverständlich müssen sie unsere Aufmerksamkeit umsomehr auf sich ziehen, je näher sie sich ereignen. Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, daß heute schon die ganze Welt politisch und wirtschaftlich ein unteilbares Ganzes bildet. Wenn heute in England so viele Fabriken stille stehen oder nur beschränkt arbeiten können, so trägt daran der aus rein politischen Gründen entstandene Boykott in Indien einen erheblichen Teil der Schuld. Wir können das Beispiel aber auch noch viel näher wählen. Auch bei uns gibt es Industriezweige, die z. B. den Wettbewerb des unendlich bedürfnislosen japanischen Arbeiters immer unangenehmer empfinden. Wir dürfen also über an und für sich noch so beachtenswerten Dingen in Europa die Gesamtentwicklung nicht aus den Augen verlieren. Wir dürfen vor allem über den unaufhörlichen Streitigkeiten der europäischen Staaten und Stätchen, Völker und Volkssplitter die Bewegungen in den gewaltigen Massen der Farbigen in den andern Erdteilen nicht übersehen.

Seit einigen Jahrzehnten, vor allem aber seit den alles auf den Kopf stellenden Jahren des Weltkrieges ist in diese Massen eine stets weiter um sich greifende Unruhe gekommen. Langsam, aber sicher reift hier eine Auseinandersetzung mit der weißen Welt heran, vor der vielleicht einmal über Nacht alle die europäischen Streitigkeiten in ein Nichts zusammensinken werden. In den europäischen Kolonialstaaten und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist man schon lange auf diese Dinge aufmerksam geworden. In den letzten Jahren drängt sich dort die Frage der Geltung der weißen Rasse immer mehr in den Vordergrund der politischen Erörterung. In England z. B. erscheint ein umfangreiches Werk nach dem andern, das diesem Probleme gewidmet ist. Für uns liegen diese Dinge natürlich verhältnismäßig fern. Doch haben wir trotzdem alle Veranlassung, diese ganze Entwicklung genau zu verfolgen, denn schließlich und endlich geht es dabei auch um unser Schicksal.

Das soll in diesen Blättern in Zukunft geschehen. Zunächst möchte ich einmal an ein paar Beispielen zeigen, wie ernst die Verhältnisse heute schon in allen Teilen der Welt geworden sind, wo Weiße und Farbige unmittelbar aufeinanderstoßen und sich den Boden streitig machen. Später möchte ich einmal die Einstellung der verschiedenen weißen Völker zu dieser Frage und die vorgeschlagenen Lösungen beleuchten.

* * *

Das nächstgelegene Gebiet in Übersee, wo Weiße in größerer Menge eingewandert sind und mit einem geschlossenen farbigen Volkstum von eigener kultureller Bedeutung im Wettkampf stehen, ist Nordafrika. Hier ist teilweise die Entwicklung noch völlig im Flusse. In Tripolis und der Kyrenaika, also in dem italienisch gewordenen Stück Nordafrikas, ist die Herrschaft der Europäer erst von so kurzer Dauer, daß sich größere Ergebnisse noch nicht zeigen können. Dafür aber stehen wir offenbar gerade am Beginn eines Zeitraumes eifrigster Kolonisierung durch die Faschisten. Bei dem Menschenüberfluß Italiens, bei den günstigen Verhältnissen vor allem in der Kyrenaika, bei den guten Siedlereigenschaften der Italiener und dem entschlossenen Willen der Regierung werden wir wohl in wenigen Jahren hier ein ganz anderes Bild vor uns haben. Heute allerdings stehen noch der wohl eineinhalb Millionen betragenden mohammedanischen Bevölkerung nur einige Zehntausende italienischer Zivilbevölkerung gegenüber.

Ganz anders liegen die Dinge in Französisch-Nordafrika. Hier dauert die europäische Herrschaft schon beinahe ein Jahrhundert. Am ältesten ist sie

in Algerien. Hier ist denn auch die europäische Besiedlung am weitesten fortgeschritten. In den drei Departements Algier, Constantine und Oran leben mehr als 800,000 Europäer. Sie sind aus allen europäischen Völkern des Mittelmeergebietes bunt zusammengewürfelt. Immerhin überwiegen aber die Franzosen, die auch mit Erfolg bestrebt sind, die Spanier, die Italiener u. s. w. im eigenen Volkstum einzuschmelzen. Diese europäische Bevölkerung ist nicht nur etwa eine städtische Schicht, sondern umfaßt eine starke Bauernbevölkerung, teilweise in geschlossenen, großen Dörfern. Die europäische Besiedlung Algeriens ist jedoch angesichts des günstigen Klimas und der Masse des zur Verfügung stehenden Landes, angesichts der großen Nähe des Siedlungsgebietes und der Dauer der französischen Herrschaft doch wenig weit vorgeschritten. Der Grund liegt einzig und allein in der Menschenarmut Frankreichs. Nur wenige 100,000 Franzosen haben sich jenseits des Mittelmeeres eine neue Heimat gesucht. Und für den Fortgang dieser Besiedlung ist noch weniger auf Nachschub aus Frankreich zu rechnen. Man wird je länger je mehr auf Spanier und Italiener angewiesen sein. Deren Überhandnehmen aber sieht man begreiflicherweise aus politischen Gründen nicht gern. Unter diesen Verhältnissen ist zwar die europäische Bevölkerung in den letzten 50 Jahren in Algier rascher gestiegen als die einheimische. Sie hat sich annähernd verfünffacht. Gleichzeitig sind aber auch die Mohammedaner von 2 auf 5 Millionen angewachsen. Ihr Zuwachs ist also zwar verhältnismäßig kleiner, rein zahlenmäßig aber doch ein Vielfaches der Vermehrung der Europäer. Standen sich 1870 150,000 Europäer und 2 Millionen Mohammedaner gegenüber, so sind es heute 800,000 und 5 Millionen. An dem gewaltigen Übergewicht der Eingeborenen hat sich also wenig geändert. Auch in Zukunft wird es wohl nicht anders werden. Im Gegenteil, die natürliche Vermehrung der Eingeborenen ist stärker als die der europäischen Bevölkerung Algeriens. Auf eine starke Zuwanderung, die einen Ausgleich bringen könnte, ist jedoch aus den erwähnten Gründen nicht zu rechnen.

Ganz ähnlich steht es in dem östlich angrenzenden Tunis. Hier sitzt die eingeborne Bevölkerung noch dichter und ihr Übergewicht ist weit größer. Seit dem Jahre 1881 ist zwar die europäische Bevölkerung erheblich angewachsen. Sie macht jedoch heute noch bloß 156,000 Personen aus, von denen noch dazu kaum ein Drittel Franzosen sind. Ihnen stehen beinahe 2 Millionen Mohammedaner gegenüber. Deren Zahl ist seit 1911 rascher angewachsen als die der Europäer. Ein Umschwung in dieser Entwicklung könnte nur erfolgen, wenn man der italienischen Zuwanderung völlige Freiheit oder nachdrückliche Unterstützung gewähren würde. Dann würde ein unerschöpfliches und sehr tüchtiges Siedlermaterial zur Verfügung stehen. Die Franzosen werden aber aus politischen Gründen von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen.

Im dritten großen Teilgebiet Französisch-Nordafrikas, in Marokko, dauert die Herrschaft Frankreichs noch nicht zwei Jahrzehnte, die Kriegsjahre eingerechnet. Immerhin sind bereits 80,000 Europäer eingewandert, eine Zahl, die sich in Zukunft wohl noch rasch vermehren wird. Sie sind zerstreut unter 4—5 Millionen Eingebornen. Entwicklungsmöglichkeiten sind in Hülle und Fülle vorhanden. Ihre Ausnützung ist aber angesichts der Menschenarmut Frankreichs äußerst erschwert.

Insgesamt zählt heute Nordafrika neben 13—14 Millionen Mohammedanern etwas über eine Million Europäer. Die europäische Besiedlung ist also zahlenmäßig noch sehr wenig entwickelt. Die Aussichten für die Zukunft aber sind recht verschiedenartig, auch ohne daß man einen etwaigen Widerstand der Eingebornen in Berücksichtigung zieht.

* * *

Ein zweites Gebiet stärkerer europäischer Einwanderung treffen wir erst wieder an der Südspitze des Erdteils. Hier herrschen ähnlich günstige klimatische Verhältnisse wie in Nordafrika. Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten sind aber lange nicht so groß wie etwa in Französisch-Nordafrika. Die Verwendung für weiße Arbeitskräfte ist begrenzt. Trotzdem hat sich eine weiße Bevölkerung von 1½ Millionen Seelen seßhaft gemacht. Neben einer starken

Schicht städtischer Bewohner in den Hafenplätzen und im Minengebiet des Innern finden wir eine über das ganze Land verbreitete und einzelne Teile fast ausschließlich bewohnende Bauernschaft. Diese weißen Bewohner setzen sich zusammen aus einer holländischsprechenden Mehrheit und einer englischen Minderheit. Die ersteren, die Buren, wachsen bloß durch ihre starke natürliche Vermehrung. Der englische Anteil kann auch auf keine starke Zuwanderung mehr rechnen, aus wirtschaftlichen und aus politischen Gründen. So ist die Gesamtvermehrung der Weißen in Südafrika nicht besonders stark. Sie wird erheblich übertroffen von der der einheimischen Negerbevölkerung. Diese lebt zerstreut überall unter den Weißen, dann in geschlossenen Massen in besondern Reservationen und im gesamten Ostgebiet der Union. Die südafrikanischen Neger sind ein sehr kräftiger und gesunder Volksstamm. Sie machen heute schon mindestens 6 Millionen aus, also viermal so viel wie die Weißen. Und sie nehmen dauernd rascher zu. So vollzieht sich unaufhaltsam eine Verschiebung zu Ungunsten der weißen Bevölkerung. Schon lange ist man auf diese Dinge aufmerksam geworden und verfolgt sie mit steigender Besorgnis. Aber ein Mittel zur Abhilfe ist bisher nicht gefunden worden. Das größte Hindernis bilden die wirtschaftlichen Nöte. Diese machen es fast unmöglich, eine größere Einwanderung ins Land zu ziehen. Dabei wollen natürlich die Buren von einer Einwanderung aus England erst recht nichts wissen. Sie befürchten selbstverständlich, daß sie dadurch nach und nach in die Minderheit versetzt würden. So steht Südafrika hier vor einer sehr schwierigen Lage.

Außerhalb des Gebietes der südafrikanischen Union gibt es noch verschiedene andere Länder weiter nach Norden zu, die sich wenigstens teilweise für eine europäische Besiedlung eignen. Da ist zunächst einmal der nördlich angrenzende britische Besitz, Rhodesien. Hier sitzen einige Zehntausende von Europäern unter mehreren Millionen Neger. Es ist kaum anzunehmen, daß sich dieses Verhältnis jemals entscheidend verschieben könnte. In dem portugiesischen Angola ist bei der vollständigen Unfähigkeit der Kolonialmacht die europäische Besiedlung trotz teilweise günstiger Voraussetzungen nie recht vorwärts gekommen. Auch hier spielen die Weißen gegenüber der Masse der Farbigen zahlenmäßig keine Rolle. Nur die Zahl der Mischlinge ist sehr erheblich, was man aber kaum als einen Vorteil bezeichnen kann. Schließlich finden wir eine größere Menge weißer Ansiedler noch in Britisch-Ostafrika einschließlich des frühern deutschen Besitzes. Ihre Zahl kommt aber ebenfalls gegenüber den vielen Millionen der Eingebornen nicht in Betracht. In allen diesen Gebieten sind also nur ganz schwache Ausläufer der europäischen Besiedlung vorhanden.

* * *

In Amerika ballt sich ganz ähnlich wie in Afrika die europäische Bevölkerung hauptsächlich im Norden und im Süden des Erdteils zusammen. Alle Ausmaße sind aber hier bedeutend größer. Die tropische Mitte ist in der Hauptsache bewohnt durch ein Gemisch von Überresten der indianischen Ureinwohner, von eingeführten Negern und neuerdings auch Asiaten. Wir finden freilich überall auch einen weißen Einschlag. Die Zahl der reinen Europäer ist aber sehr gering, die der Mischlinge dagegen allerdings recht groß. Dabei ist festzustellen, daß die europäische Zuwanderung fast überall unbedeutend ist. So bleibt das Land der rasch anwachsenden farbigen Bevölkerung in der Hauptsache überlassen.

In der Südhälfte von Südamerika dagegen ist die europäische Einwanderung so stark, daß sich hier eine nach vielen Millionen zählende rein europäische oder doch wenigstens nur wenig gemischte Bevölkerung herausgebildet hat. Die Hauptmasse der Zuwanderer stellen die romanischen Staaten Südeuropas, in erster Linie Italien. Je weiter wir nach Norden fortschreiten, desto stärker wird die Beimischung von farbigen Elementen. Allerdings sind es in erster Linie Mischlinge. Es ist aber unzweifelhaft festzustellen, daß sich wenigstens im Osten, in Brasilien, die Zone der ganz überwiegend europäischen Siedlung mehr und mehr nach Norden vorschiebt. Einer der Staaten Südbrasiliens nach dem andern wird von dem Zustrome erfaßt. Gegenwärtig ist die Einwanderung allerdings

aus wirtschaftlichen Gründen stark gehemmt. Für die Zukunft können wir aber wieder mit einem neuen großen Zustrom rechnen.

In Nordamerika ist die Masse des Landes bereits durchaus ein Gebiet der Weißen geworden. In Kanada finden sich nur noch geringe Reste der Indianer gegenüber einer rasch und stark zunehmenden europäischen Bevölkerung. Ähnlich steht es in den Vereinigten Staaten. Erst in Mexiko gewinnt das farbige Element wieder Bedeutung. Hier sind es aber in erster Linie die Nachkommen der indianischen Urbevölkerung. Die europäische Einwanderung ist hier durchaus nicht so stark, daß sie die Zusammensetzung der Einwohnerschaft grundlegend ändern könnte.

Eine ganz besondere Rolle spielt nun aber in den Vereinigten Staaten das Negertum. Die Nachkommen der eingeführten Negersklaven, die durch den Sezessionskrieg die Freiheit erhalten haben, sind heute auf 11 Millionen angewachsen. Sie machen damit gerade einen Zehntel der Gesamtbevölkerung der Union aus. Diese Schwarzen haben eine beträchtliche natürliche Vermehrung. Sie dringen wirtschaftlich immer mehr vor. Allerdings ist ihr verhältnismäßiger Anteil an der Bevölkerung infolge der gewaltigen europäischen Einwanderung des 19. Jahrhunderts beständig zurückgegangen und von 1800 bis 1920 auf die Hälfte gefallen. Trotzdem ist diese schwarze Masse für die Vereinigten Staaten außerordentlich unangenehm. Es frägt sich vor allem, ob nach dem Nachlassen der europäischen Einwanderung nicht die Vernegerung rasche Fortschritte machen wird. Das glaubt man nun heute nach den Ergebnissen der letzten beiden Jahrzehnte verneinen zu müssen. Auch die Gefahr des absoluten Überwiegens der Neger in einzelnen Gebieten wird geringer. Infolge der Unterbindung der europäischen Einwanderung durch den Krieg und freiwillig in der Nachkriegszeit sind nämlich die Schwarzen aus ihren Hauptsitzen in den Südstaaten in Massen nach Norden abgewandert. Gleichzeitig sind sie im Begriff, aus einer überwiegend ländlichen Bevölkerungsschicht immer mehr eine städtische zu werden. Beide Erscheinungen müssen zwar einerseits wohltätig empfunden werden, andererseits durch die steigende Vermischung mit der weißen Bevölkerung die Rassenfrage wieder neu verschärfen. Man hat zur Lösung des Negerproblems in den Vereinigten Staaten schon alles mögliche vorgeschlagen, ohne bisher zu einem greifbaren Ergebnis gekommen zu sein. Man spricht von scharfer örtlicher Scheidung der Rassen, von der Rückschaffung der Schwarzen nach Afrika und dergl. Alles ist bis jetzt Theorie geblieben. So haben die Vereinigten Staaten im eigenen Lande ein sehr schwieriges Rassenproblem zu lösen.

Aarau, den 21. April 1926. Hektor Ammann.

Die Jubiläums-Mustermesse in Basel
im Lichte der allgemeinen Wirtschaftslage.

„Combattre la concurrence par la qualité" ist das Leitmotiv einer der ältesten Standardindustrien unseres Landes, ist das alte Motto der Neuenburger Uhrenindustriellen. In diesen wenigen Worten ist die Quintessenz jeder gedeihlichen ökonomischen Betätigung für die nationale schweizerische Wirtschaft gegeben. Qualität ist der Maßstab, an welchem jedes Produkt, jedes Unternehmen zu messen ist; ein Abweichen von diesem Grundsatze — geschehe es aus eigener Initiative, oder sei es bedingt durch die Verhältnisse des internationalen Marktes — muß sich am Wirtschaftskörper rächen, muß notwendigerweise zu einer Krise führen, zu einem krankhaften Zustande, der sich nur durch Ausscheiden der Gifte und Fremdkörper heilen läßt. Daß diese Behauptung der tatsächlichen Lage entspricht, hat der Krieg gezeigt, und die Nachkriegsjahre haben den Beweis dafür erbracht.

Ein kleines Land ohne Rohstoffbasis, ohne andern Schutz seiner Beziehungen zum Weltmarkte als diejenigen, die es sich durch seine Handelsverträge geschaffen hat — ein Land, welches, gemessen an seiner landwirtschaft-

lichen Grundlage, überindustrialisiert erscheint, dessen landwirtschaftliche Urproduktion, der allgemeinen Tendenz folgend, vollständig kommerzialisiert und mit der Industrie eng verknüpft ist — ein Land, dessen gesamte ökonomische Plattform nur bei intensivster Anstrengung aller Kräfte seinen Bewohnern Arbeit und Nahrung zu bieten vermag, ein Land endlich, das wie kein anderes auf den Export angewiesen ist, weil es einen großen Import zu bezahlen hat, kann im internationalen Wirtschaftskampfe nur der Standort einer hoch entwickelten international-spezialisierten und arbeitsgeteilten Industrie sein.

Es ist deshalb weder Zufall, noch sind es bloß praktische Schlagwörter, wenn die zehnte Mustermesse immer und überall in ihren offiziellen Auslassungen neben der Propaganda im Inlande die Notwendigkeit der Exportförderung durch die Messe betont, und wenn der Hauptwert, in richtiger Erkenntnis der Lage, auf die Qualitätsfrage gelegt wird. Die Messe, als empfindliches Wirtschaftsbarometer, gibt das getreue Abbild des momentanen Zustandes und der durchlaufenen Stadien unserer Wirtschaft wieder. Als im Sommer 1916 der Vorschlag für die Gründung der Messe zum Beschluß erhoben wurde, mitten im großen Völkerringen, mitten in der dadurch bewirkten Unsicherheit, war das nichts anderes als eine Umstellung auf die neuen Verhältnisse und eine Berücksichtigung der Notwendigkeit des Einstellens der schweizerischen Wirtschaft auf das rings vom Krieg umtobte Staatsgebiet. Die Messe sollte eine Schau der nationalen ökonomischen Produktion sein, und diesen Charakter einer reinen Landesmesse hat sie bis heute beibehalten. Unter der Regie der provisorischen Organisationskommission, die bis zum Jahre 1920 die Verwaltung und Geschäftsführung besorgte, hatte die Messe, entsprechend der Hochkonjunktur, hohe Aussteller- und Besucherzahlen aufzuweisen. 1921 bis 1923 kamen, mit der Gründung der Genossenschaft der schweizerischen Mustermesse, die Krisenjahre mit geringer Beteiligung, die folgende Zeit war gekennzeichnet durch langsamen, aber stetigen Aufstieg. Heute weist die Messe die Zahl von rund tausend Ausstellern auf und die Besucherzahl wird wohl ein Maximum erreichen. Die neuen Gebäude, welche dieses Jahr zum ersten Mal bezogen wurden, vermitteln schon nach außen hin den Eindruck des Fertigen und Stabilen, des erreichten Zieles und der Direktor der Messe, Herr Dr. Meile, konnte in einer Ansprache gelegentlich des Pressetages feststellen, daß der Fortbestand der Messe und ihre finanziellen Grundlagen gesichert seien. Mit diesem Auf und Ab der Beteiligungskurve ging in umgekehrtem Verhältnis eine gleichartige Verschiebung der ausgestellten Produkte. Im Kriege und den ersten darauf folgenden Jahren, wo die möglichst weitgehende Selbstversorgung des Landes im Vordergrunde stand, wo, unterstützt durch eine Wirtschaftspolitik der gleichen Richtung, größere Vielseitigkeit der Industrie angestrebt und erreicht wurde, wo aber auch gleichzeitig hinter der Deckung durch Einfuhrschutzmaßnahmen eine Reihe von sonst unwirtschaftlichen Betrieben bezw. Teilbetrieben künstlich am Leben erhalten wurde, war typische schweizerische Qualitätsarbeit nicht das, was die Messe beherrschte. Die Krisenjahre besorgten einen Teil der Säuberungsaktion und der Abbau der Schutzmaßnahmen, der freiwillige Verzicht der Bundesregierung auf die Einführung eines kampfzöllnerischen Doppeltarifs und die Beschränkung auf einen den internationalen Stand der Dinge berücksichtigenden provisorischen Generaltarif, dessen Überhöhungen reziprok dem Fortschritte der internationalen Möglichkeiten abzubauen sind, läßt eine weitere Gesundung erwarten. Die Messe zeigt ein genaues Spiegelbild dieser Entwicklung und Hand in Hand damit ging ihre Abkehr vom ausstellungsmäßigen Charakter zu demjenigen der kommerziellen Vermittlung, mit dem Ziele, ein Organ möglichst rationellen Absatzes zu sein.

Gehen so die Wege der „Muba" teils mit den übrigen Institutionen der gleichen Tendenz, es sei hier der „Schweizer Woche" und des „Werkbundes" gedacht, — so hat sie daneben die wichtigere Aufgabe der nationalen Produktion, neben dem sehr beschränkten Inlandsmarkte, die ausländischen Märkte zu erschließen. Heute bestehen zwar noch die Schwierigkeiten im Verkehr mit den Ländern schwankender Valuten, es sind bekanntlich nicht mehr viele, — aber

auch die andern sind uns mit ganz wenig Ausnahmen unter der Annahme sonst gleicher Bedingungen insofern voraus, als sie mit billigerem Arbeitskostenfaktor zu produzieren in der Lage sind, was, mit andern Worten ausgedrückt, besagt, daß die Schweiz immer noch ein teueres Land ist. Noch sind auch die finanziellen Folgen des Krieges nicht außer Acht zu lassen: Ein verarmtes Europa kann nicht die im Interesse der schweizerischen Qualitätsproduktion nötige Konsumtionskraft aufbringen, und die Tatsache des englischen Vorsprungs in der Reihe der Abnehmer belegt diese Wahrheit deutlich genug. Die Krise ist aus diesem Grunde noch nicht als überwunden zu betrachten, der Aufschwung einzelner Industrien im vergangenen Jahre ist ohne Zweifel vielfach der Erhöhung der ausländischen Zölle aufs Konto zu schreiben, die eine intensivere Ausfuhr aus der Schweiz bedingten, wenn diese vor Torschluß noch ins Geschäft kommen wollte. Andererseits wurde durch diese Nachfrage der Beweis dafür erbracht, daß die Auslandsmärkte starkes Interesse an der schweizerischen Produktion haben. Wirtschaftlicher Pessimismus ist nicht am Platze, aber es gilt den Export zu heben. Das nationale Konsumtionsgebiet ist beschränkt, seine Kraft kann nur durch Rationalisierung noch gehoben werden, aber hierfür sind — schon durch den Charakter der Bevölkerung — enge Grenzen gezogen. Auch läßt sich eine spezialisierte Qualitätsindustrie nicht ohne weiteres zu größeren Komplexen zusammenschließen; sie setzt einer Organisierung, einer Syndizierung viel größeren Widerstand entgegen als eine leicht zu normalisierende Industrie, welche Massenfabrikate herstellt. Es ist das alte Lied von der Überindustrialisierung, das hier wieder angestimmt werden muß; gelingt es nicht mehr, Waren zu exportieren, so wird am Ende aller Ende nichts anderes zu erwarten sein, als daß sich die „vierte Schweiz" mehr und mehr vergrößert. Dieser Zustand ist nicht wünschenswert, er belastet die heimische Wirtschaft mehr als er ihr zu helfen vermag, weil bekanntlich nur die Tüchtigsten sich draußen zu halten vermögen, die andern aber früher oder später von der Heimat wieder aufgenommen werden müssen. Exportförderung ist das Wort des Tages und intensiver als bisher muß jede Institution, vor allem aber die Mustermesse in den Dienst dieser Sache gestellt werden. Sie ist das hierzu prädestinierte Instrument, sie kann hier vieles leisten, weil sie die Mittel dazu mit leichter Mühe schaffen kann, und sie im Rahmen des Möglichen bereits geschaffen hat. Vorbedingung dazu ist die Mithilfe der Industrie durch rege Beteiligung an der Messe, vorab jener Kreise, die glauben, auf die Mitarbeit an der Mustermesse verzichten zu können. Die Beschickung der Messe von Seiten der Aussteller hat bei dem Grundsatze strenger nationaler Geschlossenheit zu bleiben. Die Absatzvermittlung muß sich aus diesem Rahmen heraus und in der bereits eingeschlagenen Richtung mehr und mehr nach dem Auslande hin richten. Der schweizerische Verkehr braucht dadurch nicht benachteiligt zu werden, und wird es auch nicht, aber die Messe wird in einem Maße an Bedeutung gewinnen, die der größeren Aufgabe entspricht. Immer stärker wird mit der fortschreitenden relativen Angleichung der Wirtschaftsbedingungen des Inlandes an diejenigen von draußen diese Forderung sich kategorisch geltend machen, und die Beteiligung der heute noch abseits stehenden Gewerbe und Gewerbegruppen wird für sie zur Notwendigkeit, wird Vertretung eigener Interessen sein.

Die optimistische Auffassung der Lage, wie sie von den offiziellen Persönlichkeiten bei der Eröffnung der zehnten Mustermesse vertreten worden ist, hat ihre Berechtigung, unter dem Vorbehalt, daß es gelingt, die angestrebte Zusammenarbeit aller an der Wirtschaft interessierten Kreise zu gewinnen. Dies sollte möglich sein; die vorgebrachten Bedenken sind in ihrer großen Mehrzahl zu zerstreuen.

Wirtschaftliches Geschehen ist in seinen nationalen sowohl als auch in seinen internationalen Äußerungen zu beeinflussen. Im Zeitalter der Massenpropaganda, in der Zeit des Zusammenschlusses aller Interessengruppen, ist die Mustermesse ein wertvolles Mittel für die Durchführung des wichtigen Programms der Exportförderung auf der gemeinsamen Grundlage der Solidarität in einer großen Frage, die für alle ihre Bedeutung hat.

Theo. Klenert.